



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 8.5.2025
C(2025) 3030 final

Seine Exzellenz
Herr Antonio Tajani
Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten und internationale
Zusammenarbeit
Piazzale della Farnesina, 1
00135 Rom, Italien

Betr.: Notifizierung 2025/85/IT

Entwurf eines Dekrets des Präsidenten des Ministerrates zur Festlegung der „Vorschriften über die Tätigkeit der Technologieplattformen für die Vermittlung von Angebot und Nachfrage bei öffentlichen Kraftverkehrsdiensten außerhalb des Linienverkehrs im Sinne von Art. 10a Abs. 8 des Gesetzesdekrets Nr. 135 vom 14. Dezember 2018, das mit Änderungen in das Gesetz Nr. 12 vom 11. Februar 2019 umgewandelt wurde“

Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Sehr geehrter Herr,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535⁽¹⁾ notifizierten die italienischen Behörden der Kommission am 12. Februar 2025 den Entwurf eines Dekrets des Präsidenten des Ministerrates zur Festlegung der „Vorschriften über die Tätigkeit der Technologieplattformen für die Vermittlung von Angebot und Nachfrage bei öffentlichen Kraftverkehrsdiensten außerhalb des Linienverkehrs im Sinne von Art. 10a Abs. 8 des Gesetzesdekrets Nr. 135 vom 14. Dezember 2018, das mit Änderungen in das Gesetz Nr. 12 vom 11. Februar 2019 umgewandelt wurde“ (im Folgenden „der notifizierte Entwurf“).

¹⁾ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Der Notifizierungsmitteilung zufolge zielt der notifizierte Entwurf darauf ab, die Tätigkeit von Technologieplattformen für die Vermittlung von Angebot und Nachfrage bei öffentlichen Kraftverkehrsdiensten außerhalb des Linienverkehrs (Taxis und Mietfahrzeuge mit Fahrer) und die damit verbundene Nutzung neuer Technologien zu regulieren. Nach dem notifizierten Entwurf muss diese Vermittlungstätigkeit über Technologieplattformen insbesondere im Einklang mit den Grundsätzen der Neutralität, der Typizität, der Territorialität und des gleichberechtigten Zugangs von Nutzern, Fahrern und Beförderern zur Plattform erfolgen. Darüber hinaus sieht der notifizierte Entwurf die Registrierung von Plattformen in einem öffentlichen Register vor und legt einheitliche Anforderungen und Pflichten für die Betreiber fest, mit denen in erster Linie sichergestellt werden soll, dass die Nutzung der Plattformen im Einklang mit den rechtlichen Beschränkungen der Bedingungen für die Erbringung von Diensten mit Taxis und Mietfahrzeugen mit Fahrer erfolgt: obligatorischer oder nicht obligatorischer Charakter des Dienstes, differenzierter oder undifferenzierter Charakter der Nutzer, räumlicher Anwendungsbereich, unterschiedliche Regelung für die Festsetzung des Preises des Verkehrsdienstes.

Mit dem notifizierten Entwurf werden außerdem das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr sowie das Ministerium für Unternehmen und Made in Italien mit der Überwachung und Durchsetzung des notifizierten Entwurfs betraut.

Im Zusammenhang mit dem notifizierten Entwurf richtete die Kommission am 3. März 2025 ein Ersuchen um zusätzliche Informationen an die italienischen Behörden, um Erläuterungen zu den Bestimmungen des notifizierten Entwurfs zu erhalten. Die Antworten der italienischen Behörden in ihrem Antwortschreiben auf das Ersuchen um zusätzliche Informationen vom 26. März 2025 werden in der folgenden Bewertung berücksichtigt, soweit sie den Zweck des Entwurfs klargestellt haben.

Die Prüfung der einschlägigen notifizierten Bestimmungen hat die Kommission zu folgenden Bemerkungen veranlasst.

1. Einleitung

In ihren Antworten auf das Ersuchen der Kommissionsdienststellen um zusätzliche Informationen vertreten die italienischen Behörden die Auffassung, dass im Einklang mit dem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) in der Rechtssache C-434/15⁽²⁾ die Dienste der von dem notifizierten Entwurf betroffenen Technologieplattformen Beförderungstätigkeiten erbringen und nicht in den Anwendungsbereich der Bereitstellung von Diensten der Informationsgesellschaft einbezogen werden können.

Die Kommission hebt jedoch hervor, dass die italienischen Behörden trotz der Antworten der italienischen Behörden den Entwurf nach dem in der Richtlinie (EU) 2015/1535 vorgesehenen Verfahren tatsächlich als in den Anwendungsbereich der für die Dienste der Informationsgesellschaft geltenden technischen Maßnahmen⁽³⁾ fallend notifiziert haben. Die Kommission betont, dass die Art solcher Dienste und die Anwendbarkeit bestimmter EU-Rechtsvorschriften von den spezifischen Modalitäten des betreffenden Dienstes abhängt und für jeden Einzelfall bewertet werden muss⁽⁴⁾. Grundsätzlich könnte die Technologieplattform, die Vermittlungstätigkeiten ausübt, als Dritter auftreten, der Online-Buchungsdienste anbietet, die von der Erbringung von Transportdienstleistungen als solchen getrennt sind. Beispielsweise könnte sich die Tätigkeit von Vermittlungsplattformen darauf beschränken, Dienste mit Taxis und

²() Rechtssache C-434/15, *Asociación Profesional Élite Taxi gegen Uber Systems Spain SL*, ECLI:EU:C:2017:981. In seinem Urteil stützte sich der EuGH auf die besonderen Merkmale des betreffenden Dienstes, die möglicherweise nicht für alle Diensteanbieter gelten, die in den Anwendungsbereich des notifizierten Entwurfs fallen. Bei dem in diesem Urteil betroffenen Dienst handelte es sich um das Geschäftsmodell UberPop, bei dem Uber nicht berufsmäßige Fahrer, die auf Abruf Personenbeförderungsdienste mit nicht zugelassenen Fahrzeugen erbringen, mit Fahrgästen abstimmt. Siehe insbesondere:

„38 In einer Situation wie der vom vorlegenden Gericht genannten, in der die Personenbeförderung durch nicht berufsmäßige, das eigene Fahrzeug benutzende Fahrer vorgenommen wird, gibt der Erbringer dieses Vermittlungsdienstes nämlich gleichzeitig ein Angebot über innerstädtische Verkehrsdienstleistungen ab, das er u. a. durch Software-Tools wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehende Applikation zugänglich macht und dessen allgemeine Funktionalität für Personen, die dieses Angebot für eine innerstädtische Fahrt in Anspruch nehmen möchten, er organisiert.

39 Insoweit geht aus den dem Gerichtshof vorliegenden Informationen hervor, dass der Vermittlungsdienst von Uber auf der Auswahl nicht berufsmäßiger, das eigene Fahrzeug benutzender Fahrer beruht, denen diese Gesellschaft eine Applikation stellt, ohne die zum einen die Fahrer nicht Verkehrsdienstleistungen erbringen würden und zum anderen die Personen, die eine Fahrt im innerstädtischen Bereich unternehmen möchten, nicht die Dienste dieser Fahrer in Anspruch nehmen würden. Zudem übt Uber einen entscheidenden Einfluss auf die Bedingungen aus, unter denen diese Fahrer die Leistung erbringen. Dabei ist insbesondere klar ersichtlich, dass Uber durch die gleichnamige Anwendung zumindest den Höchstpreis für die Fahrt festsetzt, dass diese Gesellschaft den Preis beim Kunden erhebt und danach einen Teil davon an den nicht berufsmäßigen Fahrer des Fahrzeugs überweist und dass sie eine gewisse Kontrolle über die Qualität der Fahrzeuge und deren Fahrer sowie über deren Verhalten ausübt, die gegebenenfalls zu ihrem Ausschluss führen kann.“

³() Mit der Frage, ob eine Meldepflicht für bestimmte Maßnahmen bestand oder nicht, befasste sich der Gerichtshof in seinem Urteil vom 10. April 2018, *Strafverfahren gegen Uber France*, Rechtssache C-320/16, EU:C:2018:221.

⁴() Im Gegensatz zu den beiden zuvor genannten Urteilen in Bezug auf UberPop hat der Gerichtshof in der Rechtssache *Star Taxi App* entschieden, dass der von Star Taxi App erbrachte Online-Vermittlungsdienst aus einem „Add-on“ eines bereits bestehenden Dienstes besteht, der für die Erbringung des zugrunde liegenden Beförderungsdienstes (Taxidienst) nicht wesentlich ist und nicht als integraler Bestandteil des zugrunde liegenden Beförderungsdienstes (Taxidienst) angesehen werden kann: In diesem Fall war die Verbindung von Taxifahrern mit ihren Kunden ein Dienst der Informationsgesellschaft (Urteil des Gerichtshofs vom 3. Dezember 2020, *Star Taxi App SRL gegen Unitatea Administrativ Teritorială Municipiul București prin Primar General und Consiliul General al Municipiului București*, Rechtssache C-62/19, EU:C:2020:980).

Mietfahrzeugen mit Fahrer, die den Verbrauchern zur Verfügung stehen, aufzulisten, ohne an der Beförderungsdienstleistung als solche beteiligt zu sein. Es sei darauf hingewiesen, dass mehrere Interessenträger ihre Bemerkungen zu dem notifizierten Entwurf eingereicht haben ⁽⁵⁾.

Daher wurden, soweit der notifizierte Entwurf Anforderungen an Dienste der Informationsgesellschaft wie nachfolgend beschrieben enthält, diese Bestimmungen anhand der Richtlinie 2000/31/EG ⁽⁶⁾ (im Folgenden „Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) bewertet. Bestimmungen, die Online-Plattformen Verpflichtungen auferlegen, sollten auch anhand der Verordnung (EU) 2022/2065 (Gesetz über digitale Dienste, im Folgenden „GdD“) ⁽⁷⁾ geprüft werden. Die Kommission ist jedoch der Auffassung, dass sie auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen nicht in der Lage ist, diese Frage mit hinreichender Sicherheit zu beurteilen.

Darüber hinaus wurde der notifizierte Entwurf, soweit er Verträge zwischen Unternehmen und Verbrauchern über Dienste mit Taxis und Mietfahrzeugen mit Fahrer, die auf Vermittlungsplattformen geschlossen wurden, regelt, anhand der Richtlinie 2011/83/EU (im Folgenden „Verbraucherschutzrichtlinie“ oder „VRR“) ⁽⁸⁾ geprüft.

2. Ausführliche Stellungnahme

2.1. Bewertung im Lichte der Richtlinie 2000/31/EC

a) Anwendbarkeit der Richtlinie 2000/31/EG

Erstens enthält der notifizierte Entwurf in Bezug auf den persönlichen Anwendungsbereich des notifizierten Entwurfs, wie er in der Notifizierungsmitteilung und in der beigegefügtten Erläuterung beschrieben ist, Verpflichtungen für die Tätigkeit von Technologieplattformen für die Vermittlung von Angebot und Nachfrage bei öffentlichen Kraftverkehrsdiensten außerhalb des Linienverkehrs (Taxis und Mietfahrzeuge mit Fahrer) und dem damit verbundenen Einsatz neuer Technologien. In der Notifizierungsmeldung und der Erläuterung wird ferner erläutert, dass mit dem notifizierten Entwurf sichergestellt werden soll, dass die Tätigkeiten der Technologieplattformen unter der Berücksichtigung der geltenden Rechtsvorschriften durchgeführt werden, wodurch sichergestellt wird, dass die Nutzung der Plattformen im Einklang mit den rechtlichen Beschränkungen in Bezug auf die Bedingungen für die Erbringung von Diensten mit Taxis und Mietfahrzeugen mit Fahrer (in Italien auch „NCC“ genannt) erfolgt und dass insbesondere die Plattformen verpflichtet sind, sich in einem öffentlichen Register zu registrieren, um die Anforderungen und Pflichten der Verwaltungseinheiten zu ermitteln.

⁵() Die Beiträge sind unter folgendem Link öffentlich zugänglich: [Notifizierungsangaben | TRIS - Europäische Kommission](#).

⁶() Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1-16.

⁷() Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1-102.

⁸() Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Gemäß Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben b und q des notifizierten Entwurfs sind „Technologieplattformen“ definiert als *„die Infrastrukturen, die die Dienste und technologischen Werkzeuge, auch über das Internet, für die Durchführung der Vermittlungstätigkeit im Sinne dieses Dekrets bereitstellen“*, während „Verwaltungseinheit“ definiert ist als *„das Unternehmen, das Vermittlungstätigkeiten durchführt, um die Abstimmung von Nachfrage nach und Angebot über öffentliche Kraftverkehrsdienste außerhalb des Linienverkehrs über eine Technologieplattform zu erleichtern“*.

Sie würden daher, soweit die Bestimmungen des notifizierten Entwurfs Vermittlungsdienste betreffen, für Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2015/1535 und damit auch im Sinne der Artikel 1 und 2 der Richtlinie 2000/31/EG ⁽⁴⁾ gelten, sofern sie die darin festgelegten Bedingungen erfüllen.

Zweitens, in Bezug auf den sachlichen Anwendungsbereich des notifizierten Entwurfs: Die Bestimmungen des notifizierten Entwurfs enthalten Anforderungen, die unter anderem für Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft gelten, die zwischen Angebot und Nachfrage bei öffentlichen Kraftverkehrsdiensten außerhalb des Linienverkehrs vermitteln.

Insbesondere wären nach den Artikeln 4 bis 8 des notifizierten Entwurfs Technologieplattformen, die als Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft gelten, verpflichtet:

- das Vorhandensein der entsprechenden Lizenzen für Mietfahrzeuge mit Fahrer oder Taxilizenzen zu überprüfen und den Nutzern die Identifizierungsdaten des betreffenden Mietfahrzeugs mit Fahrer oder Taxis zur Verfügung zu stellen, und diese Informationen sollten den Nutzern 72 Stunden nach der Reise zur Verfügung stehen;
- sich beim Verkehrsministerium zu registrieren;
- den Preis der Fahrt dem Nutzer erst anzuzeigen, nachdem sich der Nutzer für den Dienst mit Taxi oder Mietfahrzeug mit Fahrer entschieden hat, während der Preis der Fahrt dem Taxifahrer erst angezeigt werden kann, wenn sich das Taxi am Abholort befindet;
- dem Nutzer sowohl für Fahrer von Mietfahrzeugen mit Fahrer als auch für Taxifahrer den Preis oder den geschätzten Preis des Dienstes und die geschätzte Ankunftszeit des Fahrers erst anzuzeigen, nachdem der Nutzer dem betreffenden Beförderer zugewiesen wurde;
- sicherzustellen, dass der Nutzer mit dem Fahrer über telefonische Kommunikationsmittel oder andere technologische Werkzeuge interagieren kann;
- im Auftrag des einzelnen Beförderers einen Betreuungsdienst mit rechtzeitiger Rückmeldung über die Beförderungsleistungen zu betreiben;
- die Nutzungsbedingungen auf der Technologieplattform zu veröffentlichen, einschließlich derjenigen, die sich auf die Ausübung von Verbraucherschutzrechten beziehen;
- für jeweils ein Jahr Aufzeichnungen über jeden mit Nutzern geschlossenen Vertrag über Dienste mit Taxi oder Mietfahrzeugen mit Fahrer zu führen.

Schließlich würde die Nichteinhaltung der oben genannten Bestimmungen des notifizierten Entwurfs zur Streichung aus dem spezifischen Abschnitt des Registers (Artikel 7 Absatz 4) und somit zur Unfähigkeit führen, weiterhin Online-Vermittlungsdienste in Italien anbieten zu können.

Die Überwachung und Durchsetzung der oben aufgeführten Verpflichtungen obliegt dem italienischen Ministerium für Infrastruktur und Verkehr und dem Ministerium für Unternehmen und Made in Italy.

Gemäß Artikel 2 Buchstaben h und i der Richtlinie 2000/31/EG betrifft der koordinierte Bereich Anforderungen, die der Diensteanbieter in Bezug auf *unter anderem* die Ausübung der Tätigkeit eines Dienstes der Informationsgesellschaft erfüllen muss, wie z. B. Anforderungen an das Verhalten des Diensteanbieters. Daher fallen die Bestimmungen des notifizierten Entwurfs in den koordinierten Bereich der Richtlinie 2000/31/EG und wurden im Lichte dieser Richtlinie analysiert.

b) Artikel 3 Absätze 1, 2 und 4 der Richtlinie 2000/31/EG

Die Kommission stellt fest, dass die Bestimmungen des notifizierten Entwurfs für Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft gelten, die ihre Dienste in Italien anbieten, unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat diese Anbieter niedergelassen sind. Insbesondere legt Artikel 8 fest, dass das Unternehmen, das Vermittlungstätigkeiten zur Erleichterung der Abstimmung von Angebot und Nachfrage im Bereich der öffentlichen Kraftverkehrsdienste außerhalb des Linienverkehrs über eine Technologieplattform ausübt, nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats niedergelassen ist. Folglich gelten die Bestimmungen des notifizierten Entwurfs für Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten, wenn sie ihre Dienste in Italien anbieten.

In diesem Zusammenhang erinnert die Kommission daran, dass in Artikel 3 Absätze 1 und 2 der Richtlinie 2000/31/EG das „Herkunftslandprinzip“ festgelegt ist, wonach Dienste der Informationsgesellschaft nur am Ort ihrer Tätigkeit reguliert werden dürfen. Die Anbieter dieser Dienstleistungen unterliegen daher in der Regel dem Recht des Mitgliedstaats, in dem die Anbieter dieser Dienstleistungen niedergelassen sind.

In Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31/EG sind die Umstände und Verfahren festgelegt, unter denen ein Bestimmungsmitgliedstaat, d. h. der Mitgliedstaat, in dem Dienste der Informationsgesellschaft von einem in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Anbieter erbracht werden, erforderlichenfalls vom Herkunftslandprinzip abweichen kann, nämlich aus den in Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe a der Richtlinie abschließend aufgeführten Gründen und im Einklang mit den materiell-rechtlichen und verfahrensrechtlichen Anforderungen des Artikels 3 Absatz 4 Buchstaben a und b der Richtlinie. Die Kommission weist die italienischen Behörden auf die jüngste Rechtsprechung des Gerichtshofs hin, in der auf die Grenzen der Berufung auf Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31/EG zu diesem Zweck hingewiesen wird. Nach dieser Rechtsprechung können Maßnahmen mit allgemeiner und abstrakter Geltung, die nicht auf einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft beschränkt sind, wie die Bestimmungen des notifizierten Entwurfs, nicht unter die Ausnahme nach

Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31/EG fallen.⁹⁾ Daher stellt der notifizierte Entwurf nach Ansicht der Kommission eine solche Maßnahme mit allgemeiner und abstrakter Geltung dar, die unterschiedslos für in- und ausländische Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft in Italien gelten wird. Auf jeden Fall kann die Kommission auf der Grundlage der ihr vorliegenden Informationen nicht überprüfen, ob und wie die italienischen Behörden sicherstellen wollen, dass sowohl die materiellrechtlichen als auch die verfahrensrechtlichen Anforderungen gemäß Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31/EG erfüllt sind oder erfüllt werden könnten.

Aus den oben dargelegten Gründen gibt die Kommission hiermit eine ausführliche Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 ab.

Die Kommission erinnert die italienischen Behörden daran, dass gemäß diesem Artikel der Mitgliedstaat, der den Entwurf einer technischen Vorschrift erstellt hat, bei Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme verpflichtet ist, die Annahme des Entwurfs auf ein Datum 4 Monate nach seiner Notifizierung zu verschieben. Diese Frist endet daher am 13. Juni 2025.

Darüber hinaus weist die Kommission die italienischen Behörden darauf hin, dass nach dieser Bestimmung der Mitgliedstaat, an den eine ausführliche Stellungnahme gerichtet ist, verpflichtet ist, die Kommission über die Maßnahmen zu unterrichten, die er zu einer solchen Stellungnahme zu treffen gedenkt.

Wenn die italienischen Behörden den in der Richtlinie (EU) 2015/1535 festgelegten Verpflichtungen nicht nachkommen oder der Text des betreffenden notifizierten Entwurfs ohne Berücksichtigung der erhobenen Einwände angenommen wird oder anderweitig gegen EU-Recht verstößt, behält sich die Kommission das Recht vor, ein Verfahren gemäß Artikel 258 des AEUV gegen Italien einzuleiten.

3. Bemerkungen

3.1. Bewertung im Lichte der Richtlinie 2000/31/EC

Der notifizierte Entwurf verpflichtet Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten, sich beim Datenverarbeitungszentrum des Ministeriums für Infrastruktur und Verkehr zu registrieren, soweit sie nach dem notifizierten Entwurf als Verwaltungseinheiten gelten würden (Artikel 7 des notifizierten Entwurfs). Diese Registrierung muss vor Beginn des Dienstleistungsangebots im italienischen Hoheitsgebiet oder innerhalb von 90 Tagen für Dienstleister, die bereits nach Inkrafttreten des notifizierten Entwurfs tätig sind, abgeschlossen werden und erfolgt gemäß einem Beschluss, der vom zuständigen Generaldirektor des Ministeriums für Infrastruktur und Verkehr innerhalb von 30 Tagen nach Veröffentlichung des notifizierten Entwurfs zu fassen ist.

⁹⁾ Urteil des Gerichtshofs vom 9. November 2023 in der Rechtssache C-376/22, ECLI:EU:C:2023:835, Rn. 59 und 60: „59. Eine solche Auslegung hat im Gegenteil zur Folge, dass die Mitgliedstaaten grundsätzlich nicht ermächtigt sind, solche Maßnahmen zu ergreifen, so dass sich die Prüfung erübrigt, ob diese Maßnahmen erforderlich sind, um zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerecht zu werden. 60. Nach alledem ist auf die erste Frage zu antworten, dass Art. 3 Abs. 4 der Richtlinie 2000/31 dahin auszulegen ist, dass generell-abstrakte Maßnahmen, die sich auf eine allgemein umschriebene Kategorie bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft beziehen und unterschiedslos für alle Anbieter dieser Kategorie von Diensten gelten, nicht unter den Begriff „Maßnahmen ... betreffend[d] einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft“ im Sinne dieser Bestimmung fallen.“ Siehe auch Urteil vom 30. Mai 2024 in den gemeinsamen Rechtssachen *Airbnb Ireland UC und Amazon Services Europe Sàrl gegen Autorità per le Garanzie nelle Comunicazioni*, C-662/22 und C-667/22, EU:C:2024:432, Rn. 70.

In diesem Zusammenhang stellt die Kommission fest, dass Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 2000/31/EC ein allgemeines Verbot enthält, das die Mitgliedstaaten daran hindert, die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit eines Anbieters von Diensten der Informationsgesellschaft von einer vorherigen Zulassung oder einer sonstigen Anforderung gleicher Wirkung abhängig zu machen. Daher möchte die Kommission daran erinnern, dass die für Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft geltende Registrierungspflicht gemäß Artikel 7 des notifizierten Entwurfs nicht so gestaltet oder umgesetzt werden sollte, dass sie einem Genehmigungssystem oder anderen Anforderungen gleicher Wirkung im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 2000/31/EG gleichkommen kann.

3.2. Bewertung im Lichte der Verordnung (EU) 2022/2065

In ihrem Ersuchen um zusätzliche Informationen vom 3. März 2025 richteten die Kommissionsdienststellen Fragen an die italienischen Behörden zur Wechselwirkung zwischen dem notifizierten Entwurf und dem GdD. Die italienischen Behörden haben jedoch nicht alle Fragen erschöpfend beantwortet, und die Kommission ist der Auffassung, dass nach wie vor ein gewisses Maß an Unsicherheit hinsichtlich des genauen Umfangs der vom notifizierten Entwurf erfassten Dienstleistungen besteht.

Daher ist die Kommission nicht in der Lage festzustellen, ob der notifizierte Entwurf oder seine Umsetzung die volle Harmonisierungswirkung des GdD beeinträchtigen würde. In diesem Zusammenhang möchte die Kommission darauf hinweisen, dass, da mit dem notifizierten Entwurf dieselben Ziele verfolgt würden wie mit dem Gesetz über digitale Dienste und soweit mit ihm Anforderungen eingeführt würden, die für Online-Plattformen gelten, einschließlich solcher, die Anbieter von Online-Plattformen sind, die Verbrauchern den Abschluss von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, gemäß Kapitel 3 Abschnitt 4 des GdD diese Dienstleistungen unter die volle Harmonisierungswirkung des GdD fallen würden. Die Kommission erinnert daran, dass das GdD als Verordnung keine zusätzlichen nationalen Anforderungen vorsieht, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist. ⁽¹⁰⁾ Dies liegt daran, dass Verordnungen gemäß Artikel 288 des AEUV in der gesamten Union unmittelbar anwendbar sind. Anders als bei Richtlinien sind daher nationale Durchführungsmaßnahmen in Bezug auf Verordnungen nicht zulässig, es sei denn, die Verordnung selbst überlässt es den Mitgliedstaaten, die erforderlichen Rechts-, Verwaltungs- und Finanzmaßnahmen zu erlassen, um die wirksame Anwendung der Bestimmungen der betreffenden Verordnung zu gewährleisten. ⁽¹¹⁾ Darüber hinaus müssten solche nationalen Gesetze in jedem Fall mit dem durch das GdD, einschließlich seiner Artikel 6 und 8, festgelegten horizontalen Rahmen vereinbar bleiben.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Kommission auf der Grundlage der im Rahmen der vorliegenden Notifizierung zur Verfügung gestellten Informationen nicht in der Lage ist, eine endgültige Bewertung der Vereinbarkeit des notifizierten Entwurfs mit dem GdD vorzunehmen, lassen die vorstehenden Bemerkungen mögliche künftige Maßnahmen der Kommission unberührt.

3.3. Bewertung im Lichte der Richtlinie 2011/83/EU

¹⁰⁾ Rechtssache 40/69, Bollmann, EU:C:1970:12, Rn. 4; Rechtssache 74/69, Krohn, EU:C:1970:58, Rn. 4 und 6 und verbundene Rechtssachen C-539/10 P und C-550/10 P, Stichting Al-Aqsa, EU:C:2012:711, Rn. 87 (zur Gefahr abweichender Definitionen im Unionsrecht und im nationalen Recht).

¹¹⁾ () Rechtssache C-606/10, ANAFE, EU:C:2012:348, Rn. 72.

Der notifizierte Entwurf regelt Dienste mit Taxis und Mietfahrzeugen mit Fahrer. Business-to-Consumer-Verträge über solche Dienstleistungen, auch wenn sie auf Vermittlungsplattformen geschlossen werden, sind Verträge über Personenbeförderungsdienste im Sinne der Richtlinie 2011/83/EU (im Folgenden „VRR“).

Während Verträge über Personenbeförderungsdienste grundsätzlich vom Anwendungsbereich der VRR ausgenommen sind, gelten für sie bestimmte Artikel der VRR im Einklang mit Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe k der VRR.

Insbesondere sollte gemäß Artikel 8 Absatz 2 der VRR über die Rechte der Verbraucher, wenn ein elektronisch zu schließender Fernabsatzvertrag für Personenbeförderungsdienste den Verbraucher zur Zahlung verpflichtet, der Unternehmer dem Verbraucher die darin genannten vorvertraglichen Informationen zur Verfügung stellen. Diese Informationen müssen klar und deutlich gemacht werden, bevor der Verbraucher seine Bestellung aufgibt.

Diese Informationen umfassen: i) die wesentlichen Merkmale der Dienstleistungen (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der VRR), ii) den Gesamtpreis der Dienstleistungen einschließlich Steuern oder, wenn die Art der Dienstleistungen so beschaffen ist, dass der Preis vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden kann, die Art der Preisberechnung sowie gegebenenfalls alle zusätzlichen Fracht-, Liefer- oder Postgebühren und alle sonstigen Kosten oder, wenn diese Kosten vernünftigerweise nicht im Voraus berechnet werden können, die Tatsache, dass solche zusätzlichen Kosten anfallen können (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der VRR), iii) gegebenenfalls die Laufzeit des Vertrags (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe o der VRR) und iv) gegebenenfalls die Mindestdauer der vertraglichen Verpflichtungen des Verbrauchers (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe p der VRR).

Gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken muss der Unternehmer den Verbraucher über die Hauptmerkmale eines Produkts oder einer Dienstleistung informieren, die der Durchschnittsverbraucher benötigt, um eine informierte geschäftliche Entscheidung gemäß Artikel 7 der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken ⁽¹²⁾ (im Folgenden „UGPRL“) zu treffen.

Wie auch in den UGPRL-Leitlinien ⁽¹³⁾ festgelegt, können solche Merkmale bei Transportleistungen die geschätzte Reisezeit umfassen.

Das notifizierte italienische Dekret legt in seinen Artikeln 4 Absatz 5 und 5 Absatz 3 fest, dass die geschätzte Zeit, die das Taxi oder Mietfahrzeug mit Fahrer benötigt, um am Abholpunkt anzukommen, dem Nutzer erst angezeigt werden darf, nachdem der Nutzer dem jeweiligen Beförderer (d. h. dem Taxianbieter bzw. dem Anbieter des Mietfahrzeugs mit Fahrer) zugewiesen wurde. Ebenso heißt es in Artikel 6 Absatz 2 des Dekrets, dass, wenn die Plattform Vermittlungsdienste sowohl für Dienste mit Mietfahrzeug mit Fahrer als auch Taxidienste erbringt, die voraussichtliche Ankunftszeit des Mietfahrzeugs mit Fahrer oder des Taxis erst mitgeteilt werden kann, nachdem der Verbraucher seine Wahl für die bestimmte Art der Dienstleistung geäußert hat. Folglich würden die Nutzer die verfügbaren Mietfahrzeuge mit Fahrer oder Taxis in der Nähe nicht sehen. Infolgedessen

¹²() Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates

¹³() Bekanntmachung der Kommission – Leitlinien zur Auslegung und Anwendung der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt, C/2021/9320, OJ C 526, 29.12.2021

würden sie ihren Beförderungsdienstleister nicht auf der Grundlage der erwarteten Ankunftszeit alternativer Dienstleister und der erwarteten Gesamtreisezeit auswählen.

Ergänzend zu den vorstehenden Ausführungen wird in Artikel 6 Absatz 2 des Dekrets festgelegt, dass der geschätzte Preis für die Leistung erst mitgeteilt werden darf, nachdem der Verbraucher seine Wahl für die konkrete Art der Leistung (d.h. ein Taxi oder Mietfahrzeug mit Fahrer) zum Ausdruck gebracht hat. Daher scheint es dem Verbraucher nicht möglich zu sein, die Art der Dienstleistung auf der Grundlage des Preises zu wählen.

Aus dem italienischen Dekret geht nicht vollständig hervor, ob der Vertrag als abgeschlossen gilt und die Zahlungsverpflichtung des Verbrauchers entsteht, wenn der Verbraucher seine Wahl für die „bestimmte Art des Dienstes“ bestätigt (gemäß der Terminologie des Dekrets), oder vielmehr nach der Wahl der Art des Dienstes ein weiterer Schritt erfolgt, in dem der Verbraucher seine Bereitschaft bekundet, die Bestellung mit der Verpflichtung zur Zahlung an den bestimmten Dienstleister aufzugeben.

Die Kommission fordert die italienischen Behörden daher auf, sicherzustellen, dass die angenommene endgültige Fassung des notifizierten Entwurfs die jeweiligen Anbieter von Personenbeförderungsdiensten ordnungsgemäß dazu verpflichtet, die Verbraucher unmittelbar vor Abschluss der Verträge mit einer Zahlungsverpflichtung auf elektronischem Wege gemäß Artikel 8 Absatz 2 der VRR über die wesentlichen Merkmale des Dienstes, einschließlich der voraussichtlichen Ankunftszeit gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der VRR, sowie des Gesamtpreises für den Dienst gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der VRR, zu informieren.

Die Kommission fordert die italienischen Behörden auf, die oben genannten Bemerkungen zu berücksichtigen.

Die Kommission erinnert die italienischen Behörden außerdem daran, dass sie der Kommission gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 den endgültigen Wortlaut nach dessen Annahme mitzuteilen haben.

Hochachtungsvoll

Für die Kommission

Stéphane Séjourné
Exekutiv-Vizepräsident